

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-001618/2023
an die Kommission**

Artikel 138 der Geschäftsordnung

Jeroen Lenaers

im Namen des Untersuchungsausschusses zum Einsatz von Pegasus und ähnlicher Überwachungs- und Spähsoftware

Betrifft: Teilnahme der EU am Gipfel für Demokratie

Vom 29. bis 30. März 2023 veranstaltete US-Präsident Joe Biden gemeinsam mit den Regierungen Costa Ricas, der Niederlande, der Republik Korea und der Republik Sambia den zweiten Gipfel für Demokratie. Auf dem Gipfeltreffen kamen Staats- und Regierungschefs aus der ganzen Welt im virtuellen Format einer Plenarsitzung zusammen, gefolgt von Treffen, die jeweils in der Hauptstadt der Mitveranstalter mit Vertretern der Regierung, der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors stattfanden.

Eines der erörterten Themen war die Gefahr des Missbrauchs kommerzieller Spähsoftware. Die Regierungen von Australien, Costa Rica, Dänemark, Frankreichs, Kanada, Neuseeland, Norwegens, Schweden, der Schweiz, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten haben eine gemeinsame Erklärung über Maßnahmen gegen die Verbreitung und den Missbrauch kommerzieller Spähsoftware abgegeben. Die EU war an den Diskussionen über dieses wichtige Thema nicht beteiligt und gehörte trotz der fortlaufenden Tätigkeit des Untersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments zur Untersuchung des Einsatzes von Pegasus und ähnlicher Überwachungs- und Spähsoftware auch nicht zu den Unterzeichnern der gemeinsamen Erklärung.

1. Welche Meinung hat die Kommission dazu?
2. Warum war die EU nicht beteiligt?
3. Hat die Kommission aktive Schritte unternommen, um sich an dieser Initiative zu beteiligen, oder erwägt sie dies?

Eingang: 23.5.2023